

Führungswechsel bei foodwatch in Deutschland: Martin Rücker tritt Nachfolge von Thilo Bode als Geschäftsführer an – Aufbau einer europäischen Verbraucherorganisation als Ziel

geschrieben von Andreas | 11. April 2017
Pressemitteilung

Berlin, 3. April 2017. Martin Rücker ist neuer Geschäftsführer von foodwatch in Deutschland. Der langjährige Pressechef hat am 1. April die Nachfolge von Thilo Bode angetreten, der die Verbraucherorganisation 2002 gegründet hatte. Thilo Bode wird in Zukunft als Geschäftsführer von „foodwatch International“ den Aufbau einer unabhängigen europäischen Verbraucherrechtsorganisation vorantreiben. Martin Rücker führt die Geschäfte des Vereins in Deutschland. Der gelernte Journalist (36) hatte seit 2009 die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Organisation geleitet.

„Alltägliche Verbrauchertäuschung im Supermarkt, grassierendes Übergewicht bei Erwachsenen und Kindern, untragbare Zustände in der Tierhaltung und Freihandelsabkommen, die die Demokratie bedrohen – 15 Jahre nach der Gründung bleibt für foodwatch viel zu tun“, sagte Martin Rücker. „Leider müssen wir viel zu oft, auch im beginnenden Bundestagswahlkampf, feststellen: Verbraucherpolitik wird behandelt wie eine unliebsame Stiefmutter. Keine Partei hat ein Programm, das die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher konsequent in den Mittelpunkt stellt. foodwatch ist als unabhängige Stimme

wichtiger denn je.“

Der Führungswechsel geht mit einer strukturellen Veränderung einher: Seit 1. April 2017 gibt es innerhalb des foodwatch e.V. nun zwei Bereiche mit jeweils einem Geschäftsführer – ein Bereich „foodwatch International“, der unter der Leitung von Thilo Bode als Dachorganisation für die nationalen foodwatch-Büros fungiert, und ein Bereich „foodwatch Deutschland“ mit Martin Rücker an der Spitze. Der gebürtige Stuttgarter war vor seinem Wechsel zu foodwatch als Journalist tätig, unter anderem für die Deutsche Presseagentur (dpa) und als politischer Korrespondent für Tageszeitungen wie die Neue Presse (Hannover), die Ruhr Nachrichten (Dortmund) und die Passauer Neue Presse.

Neuer Verantwortlicher für die Recherche- und Kampagnenarbeit in Deutschland ist zunächst kommissarisch Oliver Huizinga, seit Jahren Experte bei foodwatch für Themen wie Kinderlebensmittel, Übergewichtsprävention und Lebensmittelkennzeichnung. Matthias Wolfschmidt, der den Bereich bisher geleitet hatte, wechselt auf die Position des Internationalen Kampagnendirektors und Stellvertreters von Thilo Bode bei foodwatch International. Die Leitung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Berliner Büro übernimmt Andreas Winkler, der zuvor als Pressesprecher bei foodwatch tätig war.

foodwatch arbeitet als unabhängige Verbraucherorganisation und finanziert sich über Förderbeiträge und Spenden. In Deutschland unterstützen mehr als 36.000 Mitglieder die Arbeit. Langfristiges Ziel ist es, foodwatch als europaweite Verbraucherorganisation aufzubauen. Neben Berlin gibt es mittlerweile Büros in Amsterdam (seit 2010) und Paris (seit 2014).

Redaktioneller Hinweis:

Portraits und CVs zum Download:

– Martin Rücker: www.ruecker.foodwatch.de

- Oliver Huizinga: www.huizinga.foodwatch.de
- Andreas Winkler: www.winkler.foodwatch.de

Pressekontakt:

Andreas Winkler

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 – 2 90

Naturland bringt Öko und Fair zusammen – Slow Food und Fair Handeln in Stuttgart (20.-23.04.) – Naturland auf beiden Messen

geschrieben von Andreas | 11. April 2017

Pressemitteilung, 11.04.2017

Stuttgart – Guter Geschmack durch ökologische Erzeugung und soziale Qualität dank partnerschaftlicher Handelsbeziehungen: Dafür steht Naturland auf den beiden Frühjahrmessen Slow Food und Fair Handeln, die vom 20. bis 23. April parallel in Stuttgart stattfinden. Naturland dokumentiert so den Anspruch, dass Öko und Fair untrennbar zusammengehören. Deutlich wird das vor allem in der Zusatzzertifizierung Naturland Fair, die ökologische Erzeugung und Fairen Handel in einem Zeichen vereint – und das für Nord und Süd.

Auch die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen verbindet soziale und ökonomische Entwicklungsziele eng mit Umwelt- und Klimaschutz. Zum Erfolg dieses ehrgeizigen Aktionsplans für die Zukunft des Planeten haben Öko-Landbau

und Fairer Handel eine Menge beizutragen. Diesen Beitrag, den Verbraucher mit ihrer Entscheidung für einen nachhaltigen Konsum unterstützen können, wird Naturland auf beiden Messen thematisieren.

Auf der **Slow Food Messe** gibt es am **Gemeinschaftsstand Naturland & Partner (Halle 9, Stand F50)** ein Aktionsprogramm mit Gewinnspiel rund um die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung, die den Kern der Agenda 2030 bilden. Besucher können sich darüber informieren, wie unsere Ernährung mit den Herausforderungen der UN-Nachhaltigkeitsziele zusammenhängt und ihr Wissen am Glücksrad testen. Als Preise winken Kostproben und Überraschungen der Partner am Naturland Gemeinschaftsstand.

Naturland Fair Partner zeigen auf beiden Messen eine große Produktvielfalt

Naturland Winzer Andreas Roth vom **Weingut Forsthof** aus Steinheim im Bottwartal (Württemberg) ist mit seinen vielfach ausgezeichneten Weinen vertreten. Handwerklich geröstete Kaffeespezialitäten in Naturland Fair Qualität gibt es bei **Merchant & Friends – The Coffee Roasters**, die erstmals auf der Slow Food mit dabei sind. Die **Ludwig Stocker Hofpfisterei** präsentiert neben ihren Brotspezialitäten auch die Wurstwaren ihrer Marke „Die Landfrau“. Die **Milchwerke Berchtesgadener Land** wiederum sind mit hochwertigen Molkerei-Erzeugnissen vertreten. Beide Unternehmen stehen als Naturland Fair Partner dafür, dass auch in Deutschland faire Handelspartnerschaften Öko-Bauern eine Zukunft geben.

Der **Naturland Fair Stand** auf der **Fair Handeln** direkt nebenan in Halle 5 (Stand G13) der Messe bietet einen Überblick über die ganze Vielfalt öko-fairer Produkte aus Nord und Süd. Die Besucher erfahren auch, welche Vorteile die Zertifizierung von Öko und Fair aus einer Hand Kleinbauern weltweit bietet. Mit **dwp, GEPA und BanaFair** sind zudem drei weitere Naturland Fair Partner und Pioniere im Fairen Handel mit eigenen Ständen auf

der Fair Handeln vertreten. Darüber hinaus gibt es zwei Naturland Beiträge zu verschiedenen Aspekten des Fairen Handels im Kongress-Programm der Messe:

- Donnerstag, 20.4., 15.00 – 15.30 Uhr: Podiumsgespräch Naturland/GEPA zur Wirkung des Fairen Handels anhand eines Naturland Fair zertifizierten Schokoriegels. Welt:Bühne in Halle 5
- Donnerstag, 20.4., 19.00 – 20.00 Uhr: Podiumsdiskussion zum Thema „Fairer Handel im Norden“. Forumsbühne der Slow Food Messe in Halle 7

Pressekontakt

Naturland Zeichen GmbH

Kleinhaderner Weg 6

82166 Gräfelfing, GERMANY

Tel. +49 (0) 89 – 898082 – 73

m.romanski@naturland-zeichen.de

www.naturland-zeichen.de

**Die Mehrwert GmbH hat Erfolg
mit der ersten grünen
Hausrat- und
Privathaftpflichtversicherung**

in Deutschland

geschrieben von Andreas | 11. April 2017



Pressemeldung

Kürzlich konnte die MehrWert GmbH im Rahmen der grünen Sachversicherungen eine Spende an den Förderkreis Umweltschutz in Unterfranken übergeben.

Bamberg, 10. April 2017 Die MehrWert GmbH übergab Ende März eine Spende an den Förderkreis Umweltschutz in Unterfranken (FUU) e.V. an den Vorsitzenden des Fördervereins Dr. Stefan Müssig. Der Betrag über 500,- € stammt aus dem Versprechen, jährlich von jedem neuen grünen Haftpflicht-, bzw. Hausratversicherungsvertrag 2,- € an einen Naturschutz- oder Umweltschutzverein zu zahlen. Die Hälfte der Spende stammt von dem Versicherer, der hinter den grünen Tarifen steht, der Barmenia, die andere Hälfte stammt von MehrWert GmbH, die die Idee zu diesen Tarifen 2013 hatte.

„Mit jedem neuen Vertrag unterstützen so die Versicherten ganz konkret Naturschutz- und Umweltschutzprojekte und sind zugleich bestens abgesichert“, so Gottfried Baer, Geschäftsführer der MehrWert GmbH.

Neben diesem Effekt wird das Geld beim Versicherer nachhaltig angelegt, die Police und die jährlichen Nachträge gibt es nur in pdf-Form (keinerlei Papierverbrauch), Menschen, die sich in Sachen Umwelt- und Naturschutz engagieren, indem Sie Mitglied in einem der großen Natur- und Umweltschutzverbände sind,

erhalten 10% dauerhaften Nachlass. Nach Schäden, werden beispielsweise in der Hausratversicherung 20% der Mehrkosten erstattet, wenn die neuen Gegenstände aus fairer, ökologischer Herstellung stammen, bzw. bei Elektrogeräten werden zum Schadenszeitpunkt immer die energieeffizientesten Geräte bis zu 350,- € Mehrkosten je Geräte bezahlt.

www.umweltschutz-unterfranken.de

www.mehrwert-finanzen.de

1723 Zeichen (inkl. Leerzeichen). Druckfreigabe erteilt.
Belegexemplar erbeten.

Ihre Ansprechpartnerin:

Heike Ebli

Mitglied der Geschäftsleitung

Kommunikation & Nachhaltigkeitsstrategie

MehrWert GmbH für Finanzberatung

und Vermittlung

Hainstraße 23

96047 Bamberg

Telefon: 0951-30 12 5565

Telefax: 0951-30 12 55-67

Email: h.ebli@mehrwert-finanzen.de

Über die MehrWert GmbH für Finanzberatung und Vermittlung

Die im Jahr 2010 von Gottfried Baer gegründete MehrWert GmbH für Finanzberatung und Vermittlung ist ein von Banken und Versicherungen unabhängiges Beratungshaus mit Sitz in Bamberg. Aktuell beraten 17 MehrWert-Berater/innen mehr als 2.300 Mandanten in Fragen der Altersversorgung, der Absicherung und der nachhaltigen Geldanlage. Zu den Mandanten des Dienstleisters zählen Privatpersonen, wie auch mittelständische Unternehmen, kirchliche und private Stiftungen. Der unternehmerische Beratungsschwerpunkt des Maklerunternehmens mit Zulassung als Versicherungsmakler (§ 34d Abs.1 GewO) und Finanzanlagevermittler (§ 34f GewO) findet

sich eindringlich in den Bereichen nachhaltige Geldanlagen, strategische Vermögensplanung, private Altersvorsorgelösungen und betriebliche Altersvorsorge (bAV). Die starke Ausrichtung auf den Bereich nachhaltiger und grüner Anlagestrategien wird nicht zuletzt durch den zertifizierten „Fachberater für nachhaltiges Investment“ ermöglicht.

Nähere Informationen zum Unternehmen finden Sie unter www.mehrwert-finanzen.de

Abbildung:

Von links nach rechts:

Dr. Stefan Müssig (FUU e.V.) und Claudia Behringer (MehrWert GmbH)

Erste Messethemen für 2017 stehen bereits fest FAIR FRIENDS – Nachhaltiges Handeln und Wirtschaften

geschrieben von Andreas | 11. April 2017



Medien-Information 41 / 2017 20.03.2017

Dortmund (CC/ AWe) – Die FAIR FRIENDS, Messe für nachhaltige Lebensstile, Fairen Handel und gesellschaftliche Verantwortung, zeigt vom 7. bis 10. September 2017 in der Messe Westfalenhallen Dortmund, dass Ökologie, Ökonomie und Soziales heutzutage sinnvoll zusammen finden können. Als Programmpunkt fest eingeplant ist für 2017 unter anderem ein internationales Netzwerktreffen von Initiativen für nachhaltige Bildung. Auch die Ausstelleranmeldung ist bereits in vollem Gange.

Die FAIR FRIENDS ist Fach- und Publikumsmesse und die einzige Messe in NRW, die explizit das Thema gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen aufgreift. Sie lockt Fachleute aus dem Groß- und Einzelhandel, Einkaufsentscheider für nachhaltige Produkte und Dienstleistungen im B2B-Umfeld sowie Beauftragte für Nachhaltigkeitsthemen als Besucher an. Am Messedonnerstag wird 2017 zum zweiten Mal das CSRFachforum zum Thema „Werteorientiertes Handeln“ in Kooperation mit dem Beraternetzwerk N-Kompass stattfinden.

Die FAIR FRIENDS war mit rund 180 Ausstellern aus 15 Ländern im Vorjahr ein großer Erfolg. Bildungsträgern und -institutionen, Akteuren aus Politik und Gesellschaft zum Beispiel bietet die Messe ein ideales Umfeld zur Kommunikation

von Projekten, Programmen und Kampagnen. Unter anderem wird sich in diesem Jahr das CSR-Netzwerk Dortmund mit Mitgliedsunternehmen auf der Messe präsentieren, um zu zeigen, was unternehmerische Verantwortung für die Gesellschaft heute bedeutet.

Das umfangreiche Vortrags- und Workshop-Programm zieht ein interessiertes und überdurchschnittlich engagiertes Publikum an. Der Endverbraucher findet in der Vielfalt von Ausstellern der öffentlichen Hand, Wissenschaft, NGOs und freien Wirtschaft sowie bei den zahlreichen Veranstaltungen viele Anknüpfungspunkte und Lösungsansätze sowie Alternativen, um sein Leben nachhaltig gestalten zu können.

Internationales Netzwerktreffen

Die Initiative RCE-Ruhr möchte das Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung in die Gesellschaft tragen. Auf der FAIR FRIENDS 2017 findet nun ein erstes internationales Netzwerktreffen statt, nachdem es 2016 bereits ein erfolgreiches Treffen der deutschsprachigen RCEs gab. RCE steht für Regional Centre of Expertise on Education for Sustainable Development und ist eine vom United Nations University Institute for the Advanced Study of Sustainability in Tokyo unterstützte Zertifizierung. Die FAIR FRIENDS legt ein besonderes Augenmerk auf die Bildung für nachhaltige Entwicklung. Aus diesem Grund ist sie 2016 offiziell als „Competence partner of RCE-Ruhr“ ausgezeichnet worden und war damit weltweit die erste Messe, die diese Zertifizierung erhielt. Nachhaltige Bildung ist weiterhin ein wichtiges Thema, und so werden auch 2017 die Schulen der Region zum Besuch der FAIR FRIENDS am Messe-Freitag eingeladen.

Die Ausstellieranmeldung läuft bereits

Erfreulich für die FAIR FRIENDS 2017: Schon zu diesem frühen Zeitpunkt liegen Ausstellieranmeldungen von sehr unterschiedlichen Organisationen, Institutionen und Unternehmen vor. Darunter sind „Ärzte Ohne Grenzen“ (medizinische Nothilfe in Krisen und nach Katastrophen in rund

60 Ländern), die in Bochum beheimatete „GLS Gemeinschaftsbank“ (nachhaltige Investments und Kredite), das Berliner Start-Up „HelloFresh Deutschland“ (Versand von Kochboxen mit nachhaltigen Lebensmitteln) oder „Luna Viva“ (Traditionelle Handwerkskunst, Mode und modernes Design aus Mexiko). Weitere Interessenten können sich natürlich in den kommenden Monaten anmelden.

Kontakt und Infos auf www.fair-friends.de.

Messeförderung für nachhaltige Start-ups

Das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen sucht Gründerinnen und Gründer und Social Entrepreneurs aus NRW mit guten Geschäftsideen, die sich durch ihre Nachhaltigkeit auszeichnen. Die ausgewählten Unternehmen können sich auf einem Landesgemeinschaftsstand auf der FAIR FRIENDS präsentieren und Kontakte zu potentiellen Kunden und Marktpartnern knüpfen. Auch dazu gibt es Infos auf der Webseite der FAIR FRIENDS.

Medienkontakt:

Westfalahallen Dortmund GmbH

Marketing- und Unternehmenskommunikation

Tel.: 0231 / 12 04 – 514; Fax: – 724

E-Mail: andreas.weber@westfalahallen.de

Fotos:

- Motive 127 und 149: Social Entrepreneurs können sich auch 2017 auf einem Landesgemeinschaftsstand präsentieren.
- Motiv 239: N-Kompass arbeitet 2017 wieder mit der FAIR FRIENDS zusammen.
- Motiv 292: Messeszene aus dem Vorjahr. An den Ständen gibt es für Endverbraucher jede Menge zu kaufen.
- Motiv 203: RCE-Auszeichnung für die Einrichtung KITS.do und

die Messe FAIR FRIENDS auf der letztjährigen Messe: die Ausgezeichneten Dr. Ulrike Martin (Leiterin KITZ.do), und Sabine Loos, Hauptgeschäftsführerin der Westfalenhallen Dortmund GmbH, sowie Peter Reichenbach, Vorsitzender des RCE-Ruhr (v.l.). In diesem Jahr soll es ein internationales RCE-Netzwerktreffen auf der FAIR FRIENDS geben.

– Motiv 577: Das CSR-Netzwerk Dortmund wird sich 2017 wieder mit Mitgliedsunternehmen auf der Messe präsentieren.

Oxfam-Bericht zum Weltwassertag – Im Gaza- Streifen ist die Gesundheit von rund zwei Millionen Menschen bedroht

geschrieben von Andreas | 11. April 2017
[Presse-Info]

Internationaler Wiederaufbau-Mechanismus für das 2014 zerstörte Gebiet funktioniert nicht.

Berlin, 22.03.2017. Im Gaza-Streifen ist die Gesundheit von knapp zwei Millionen Menschen bedroht, weil die im Krieg von 2014 zerstörte Wasser- und Sanitärversorgung nicht erneuert werden kann. Grund hierfür ist die von Israel verhängte Versorgungsblockade des dicht besiedelten Landstrichs. Die vor zwei Jahren vereinbarten UN-Regeln zum Wiederaufbau funktionieren nicht, lebenswichtige Güter erreichen das Gebiet nur sehr eingeschränkt. Das zeigt ein aktueller Oxfam-Bericht,

den die internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation anlässlich des Weltwassertages am 22.3. vorstellt.

Der Bericht belegt, dass der von den Vereinten Nationen ausgehandelte Mechanismus zum Wiederaufbau des Gaza-Streifens (GRM) grundlegende Mängel aufweist und der internationalen Verantwortung für die Menschen in Gaza nicht gerecht wird.

- 2.950 der Güter für den Aufbau einer Wasser- und Abwasserinfrastruktur warten noch auf eine Genehmigung im Rahmen des GRMs.
- Nur 16 Prozent aller durch den GRM genehmigten Güter für die Wasser- und Hygieneversorgung haben den Gaza-Streifen tatsächlich erreicht.
- Ein Großteil der von der israelischen Regierung als „Dual-use“-Güter eingestuften Gegenstände (mögliche Verwendung sowohl für zivile als auch militärische Zwecke) für den Wasser- und Hygienesektor durchläuft bürokratische Prozesse von 61 bis 100 Tagen, bevor sie entweder genehmigt oder abgelehnt werden.
- Weniger als die Hälfte der Wasser- und Hygieneprojekte, die unter dem GRM realisiert werden sollten, konnten bis jetzt fertiggestellt werden.

Oxfams Landesdirektor Chris Eijkemans: „Sauberes Trinkwasser ist in Gaza Mangelware, die hygienischen Verhältnisse sind vielerorts katastrophal. Längst ist klar, dass der internationale Wiederaufbauplan gescheitert ist. Das Grundproblem ist die seit zehn Jahren bestehende völkerrechtswidrige Versorgungsblockade Gazas durch Israel. Zwar konnten in den vergangenen zwei Jahren mit Hilfe des UN-Aufbaumechanismus einige Güter nach Gaza gelangen, doch indem Vereinte Nationen und Regierungen die willkürlichen Beschränkungen hinnehmen, legitimieren und verfestigen sie die unrechtmäßige Blockade.“

Beschränkungen sind unverhältnismäßig

Dreh- und Angelpunkt der Blockade ist die sogenannte „Dual-use“-Güterliste, mit der die israelische Regierung die Einfuhr militärisch verwendbarer ziviler Güter verhindern will. Dem Bericht zufolge geht die Liste jedoch weit über diesen Zweck hinaus und führt dazu, dass eine Vielzahl von Materialien und Geräten, die für die Aufrechterhaltung lebenswichtiger ziviler Infrastruktur benötigt wird, nicht oder nur mit großer Verzögerung eingeführt werden kann.

Die Lage wird durch die innerpalästinensische Spaltung zwischen der offiziellen Behörde im Westjordanland und den De-facto-Behörden im Gaza-Streifen verschärft, da beide Parteien kaum oder gar nicht miteinander kommunizieren oder sich abstimmen. Oxfam fordert die palästinensischen Verantwortlichen auf, den Versöhnungsprozess in den Vordergrund zu stellen, die Koordinierung zu verbessern und die Entwicklung des Gaza-Streifens entschlossen voranzutreiben.

Hintergrundinformationen

• Der Bericht „Treading Water. The worsening water crisis and the Gaza Reconstruction Mechanism“ steht unter Sperrfrist (22.3.2017, 1:01 Uhr MEZ) unter folgendem Link zum Download bereit:

<https://oxfam.box.com/s/12ahz1s59rdgdxqg3awa4tgcl6ylk4vj>

• Ein Großteil – schätzungsweise 70 Prozent – der Güter, die für den Wasser- und Hygienesektor gebraucht werden, fallen unter die Kategorie „dual-use“ (mögliche Verwendung sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke) oder werden eigenständig von Israel als solche eingestuft.

• Der GRM gibt israelischen Behörden die Möglichkeit, aufgrund von Sicherheitsbedenken die Einfuhr von Gütern abzulehnen, selbst von solchen, die für den Aufbau und Betrieb der Infrastruktur in Gaza notwendig sind. Israel kann wegen Sicherheitsbedenken zudem Projekte signifikant verzögern – obwohl diese Güter und Vorhaben durch die internationale Gemeinschaft finanziert und streng überwacht werden.

Pressekontakt:

Steffen Küßner, Tel.: 030-45 30 69 710, E-Mail: skuessner@oxfam.de

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 19 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.500 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland

Zwei Jahre Blauer Engel für Druckerzeugnisse Podiumsdiskussion und Zwischenbilanz im DBM Druckhaus Berlin-Mitte

geschrieben von Andreas | 11. April 2017
Pressemitteilung

Berlin, März 2016. Auf einer InaP-Veranstaltung im DBM Druckhaus Berlin-Mitte (DBM) wurde nach der Einführung vor zwei Jahren gemeinsam mit ausgewählten Experten eine erste Bilanz zum Umweltzeichen „Blauer Engel für Druckerzeugnisse“

(RAL-UZ 195) gezogen und über weitere Perspektiven diskutiert. Das aus 30 Teilnehmern bestehende bunt gemischte Publikum setzte sich zusammen aus Lieferanten, Agenturen, Kunden und Projektpartnern des DBM.

Zu Beginn zog Martin Lind, Geschäftsführer des DBM, für sein Unternehmen eine positive Bilanz. Mit dem Blauen Engel für Druckerzeugnisse seien die langjährigen Anstrengungen und Investitionen in Umweltmanagementsysteme, personelle Ressourcen und andere Maßnahmen belohnt worden. Der Blaue Engel biete sowohl für das Druckhaus Berlin-Mitte als auch für dessen Kunden eine klare Positionierung und Erkennbarkeit in der Öffentlichkeit. Lind merkte auch an, dass er ursprünglich davon ausgegangen sei, dass es Dank der Vorarbeiten ein wenig leichter gewesen wäre, die Kriterien des Blauen Engels zu erfüllen.

Julia Rohrmann, Referentin für Umweltschutz/ Arbeitssicherheit beim Bundesverband Druck und Medien, wies darauf hin, dass auch seitens der Kunden ein starker Druck erzeugt worden sei, insbesondere durch die großen Handelsketten, die in ihrem Werbemarkt nach mehr nachhaltigen Produkten verlangt hätten.

Aktuell können deutschlandweit 35 von ca. 8000 Druckbetrieben ihren Kunden den Blauen Engel für Druckerzeugnisse anbieten. Allein 27 davon sind Rollenoffsetdruckereien. Dr. Achim Schorb, Mitarbeiter des Ifeu in Heidelberg, erläuterte hierzu: „Der Blaue Engel soll in etwa die besten 20 Prozent der Produktion einer Branche abdecken. Das heißt, es macht gar keinen Sinn, Kriterien zu entwickeln, die alle Druckereien problemlos erfüllen können.“ Auch nach der Genehmigung durch den RAL, so wurde von Christin Lieke, Umweltbeauftragte des DBM, erklärt, müsse man Tests durchführen lassen, wenn z.B. einzelne Farben und Lacke oder andere Hilfsmaterialien im Produktionsablauf verändert werden.

Ein wichtiger Punkt beim Blauen Engel sind die Kosten. Zum einen sind sowohl das Altpapier als auch die zugelassenen

Hilfsmittel teurer als nicht umwelttaugliche Materialien. Hinzu kommen noch 150 Euro Lizenzgebühren für den jeweiligen Produktvertrag mit dem RAL. Hierzu erläuterte Dr. Schorb: „Für Rollenoffsetdrucker ist es viel einfacher, weil sie die Zertifizierung für ihr gesamtes Produktportfolio anwenden können. Für eine Druckerei wie z.B. das Druckhaus Berlin-Mitte, das ein sehr breites Spektrum hat, wird es schnell sehr komplex.“

Lind ergänzte, dass rund 20 Prozent der DBM-Kunden, mit denen er über umweltfreundliche Druckproduktion im Gespräch sei, sich vor allem aus Kostengründen dagegen entschieden. Einige andere wünschten sich mehr Wettbewerber, um nicht auf einen Anbieter festgelegt zu sein. Jenen, die umweltfreundlichen Druck bei zugleich niedrigstem Preis haben wollten, sagte er aber auch: „Das passt nicht. Wir können nicht in allem das Beste machen und dann der Allergünstigste sein.“

Die Bedeutung der Nachfrage für die Weiterentwicklung ressourcenschonender Materialien bestätigte auch Bernd Groh von der Hubergroup, der als Farben-Lieferpartner des DBM im Publikum saß. Für die Umstellung kompletter Produktreihen benötige es eine hohe Nachfrage, um den Aufwand betriebswirtschaftlich tragbar zu gestalten.

Ein weiterer Aspekt, der in der Diskussion eine Rolle spielte, war die Öffentlichkeitsarbeit für den Blauen Engel und die Verankerung in Ausschreibungskriterien. Ein Besucher, der sich als Print-Einkäufer einer Bundesbehörde vorstellte, beklagte, dass es nicht genügend Informationen über den Blauen Engel und seine Verwendung als Vergabekriterium gäbe.

Bettina Uhlmann, Mitarbeiterin im Bundesumweltamt, versprach mehr Öffentlichkeitsarbeit für den Blauen Engel. Sie wies auf das diesjährige 40jährige Jubiläum des Umweltsiegels hin und auf geplanten Aktionen, die auch durch Social Media begleitet werden sollen.

Als Resümee sagte Dr. Schorb abschließend: „Wir werden auch 2022 noch kein papierfreies Büro haben, wir werden auch nicht alle Werbung über das Internet bekommen, es wird nach wie vor Prospekte geben. Das heißt, wir müssen Druckprodukte weiter von Schadstoffen entfrachten.“

Lind ergänzte, dass der Erfolg zugleich Ansporn für die Umsetzung weiterer Maßnahmen zur Ressourcenschonung sei. Er wünsche sich für die Zukunft mehr Druckereien, die die Kriterien des Blauen Engels für Druckerzeugnisse erfüllten, damit der Bekanntheitsgrad bei potentiellen Kunden erhöht und ein verbessertes Angebot bei den notwendigen Materialien erreicht werde. Zugleich forderte er, insbesondere für öffentliche Ausschreibungen, die Berücksichtigung der Kriterien des Blauen Engel bei der Vergabeentscheidung.

Das Expertenteam setzte sich zusammen aus Julia Rohmann: Referentin für Umweltschutz/Arbeitssicherheit beim Bundesverband Druck und Medien (BVDM) in Berlin; Dr. Achim Schorb: Mitarbeiter des Ifeu in Heidelberg, Schwerpunkt Ökobilanzen und Stoffstromanlagen, Umweltmanagement und Umweltbildung; Bettina Uhlmann: Mitarbeiterin im Umweltbundesamt in Berlin; Christin Lieke, Qualitäts- und Umweltbeauftragte des DBM Druckhaus Berlin-Mitte sowie Martin Lind: Geschäftsführer des DBM Druckhaus Berlin-Mitte. Moderiert wurde die Veranstaltung von Martina Reinhardt, Deutscher Drucker Verlag.

Kontakt:

DBM Druckhaus Berlin-Mitte GmbH

Martin Lind

Wilhelm-Kabus-Straße 21-35

10829 Berlin

Telefon 030 / 20 35 32 76

Telefax 030 / 20 35 32 75

mlind@druckhaus-berlin-mitte.de

www.druckhaus-berlin-mitte.de

mg@markusgalla.de

Das Unternehmen bietet die klimaneutrale Druckproduktion, durch den Ausgleich mittels hochwertiger Zertifikate (Gold-Standard). Seit 2002 ist das Umweltmanagement der Druckerei nach EMAS validiert und es ist ein der ISO-Norm 9001 entsprechendes Qualitätsmanagement installiert.

**Windenergie Brandenburg:
Hoher Zubau für 2017 erwartet
– BWE ruft Bürger zur
Beteiligung an
Regionalplanung auf – in der**

Uckermark gehen die (Wind-) Lichter aus

geschrieben von Andreas | 11. April 2017

Pressemitteilung

Berlin/Potsdam, 22. März 2017: Mit knapp 500 MW lag der Zubau der Windenergie in Brandenburg 2016 deutlich über dem des Vorjahres. Für 2017 erwartet der Verband ähnlich hohe Werte, ab 2018 wird der Windkraftausbau deutlich zurückgehen. Das gab der Bundesverband WindEnergie (BWE) Berlin/Brandenburg heute auf seiner Jahrespressekonferenz bekannt. Um langfristig Rückhalt für die Windenergie zu sichern, fordert der Verband dazu auf, Bürger, Kommunen und Interessensgruppen stärker in die Regionalplanung einzubinden.

In Brandenburg wurden 2016 genau 173 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 493,80 MW errichtet. „Damit liegen wir fast ein Viertel über dem Zubau aus dem Vorjahr“, so Jan Hinrich Glahr, Vorsitzender des Landesverbandes Berlin / Brandenburg im BWE. Für die Übergangsjahre 2017 und 2018 können 290 Anlagen bzw. 876,6 MW noch unter Fortschreibung der stark degressiv ausgestalteten EEG-Festvergütung umgesetzt werden. Deshalb rechnet der Verband für 2017 noch einmal mit einem hohen Zubau von bis zu 600 MW neu installierter Windkraft. 2018 wird sich der jährliche Zubau dann möglicherweise auf 300 MW abflachen, bevor 2019 nur noch Projekte aus Ausschreibungen realisiert werden können.

„Wegen der aktuellen Umstellung im Vergütungssystem für Windenergie erleben wir einen kurzfristigen Anstieg des Zubaus“, erklärt Glahr. Ab diesem Jahr wird bundesweit nur noch eine begrenzte Menge Windenergie ausgeschrieben. Den Zuschlag bekommt, wer den Strom am günstigsten anbietet. „Der Wettbewerb nimmt damit deutlich zu. Viele Projektierer haben sich daher darauf konzentriert, weit fortgeschrittene

Genehmigungsverfahren noch 2016 abzuschließen. Diese Anlagen können nun bis Ende 2018 errichtet werden“, so Glahr.

Im Ländervergleich liegt Brandenburg beim Zubau an vierter Stelle hinter Niedersachsen (900,40 MW), Schleswig-Holstein (651,20 MW) und Nordrhein-Westfalen (564,45 MW). Wie schon in den Vorjahren entspricht das einem Anteil des bundesweiten Brutto-Leistungszubaus von etwa zehn Prozent. Damit stehen, Stand Dezember 2016, insgesamt 3.630 Windenergieanlagen in Brandenburg mit einer Leistung von 6.337 MW.

Mit 43 Anlagen wurden im Landkreis Teltow-Fläming die meisten Windenergieanlagen errichtet, gefolgt von Dahme-Spreewald (24 Anlagen) und Elbe-Elster (18 Anlagen). Die meisten Genehmigungen für neue Bauprojekte gab es mit 82 Anlagen in der Uckermark. In Barnim und Märkisch Oderland wurden 2016 zwar nur wenige Windenergieanlagen errichtet (zwei bzw. fünf Anlagen), allerdings wurden Genehmigungen für 24 bzw. 19 weitere Anlagen abgeschlossen.

Glahr ging im Rahmen der Pressekonferenz auch auf eine aktuelle Erhebung der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung (GWS) zu den Beschäftigungszahlen in der Windbranche ein: „In Brandenburg und Berlin waren 2015 insgesamt 9.390 Menschen direkt oder indirekt in der Windbranche beschäftigt. Allein durch Betrieb und Wartung der Anlagen entstanden 2.620 Arbeitsplätze“, so Glahr. „Gegenüber 2012 sind das 1330 mehr Beschäftigte.“

Verlässliche Regionalplanung ist Voraussetzung für Akzeptanz

Mit der Regionalplanung wird festgelegt, wo Windenergieanlagen gebaut werden dürfen. „Während in einigen Gebieten Brandenburgs die Regionalplanung noch immer nicht abgeschlossen ist, hat man in Uckermark-Barnim alle Interessensgruppen direkt an der Planung beteiligt“, erklärte Jan Schröder, Geschäftsführer des Windplaners NOTUS Energy aus Potsdam. Ein Erfolgsmodell: „Uckermark-Barnim hat mit großem

Konsens über zwei Prozent seiner Landesfläche als Eignungsgebiet für Windenergie ausgewiesen. Damit liegt die Region voll im Plan der Brandenburger Energiestrategie 2030.“ Anlässlich der Pressekonferenz hat der BWE Berlin/Brandenburg sein Positionspapier zur Brandenburger Regionalplanung veröffentlicht. Darin fordert der Verband unter anderem, klare und landesweit einheitliche Regeln sowie ausreichend Planungsspielraum für die Kommunen, um bei der rechtssicheren Ausweisung von Windflächen voran zu kommen.

Uckermark: Die Nacht wird wieder dunkel

Ab Mitte 2018 soll in der Uckermark die bisher vorgeschriebene Befeuerung der Windkraftanlagen fast vollständig abgeschaltet werden. Die Betreiber der Windräder werden bis dahin ein gemeinsames Radarsystem aufgebaut haben, welches erkennt, ob sich ein Flugzeug oder Hubschrauber den Windenergieanlagen nähert: Erst dann gehen die roten Warnlampen an. Mit etwa 400 angeschlossenen Windenergieanlagen wird in der Uckermark das bundesweit größte Areal auf diese sogenannte Bedarfsgerechte Befeuerung umgestellt. „Die Windbranche hat viele Jahre daran gearbeitet, eine technische Lösung für die Bedarfsgerechte Befeuerung zu entwickeln. Im vergangenen Jahr wurde die Technologie endlich vom Gesetzgeber zugelassen. Wir setzen sie nun in der Praxis um“, erklärte Jan Hinrich Glahr. „Wichtig wäre, jetzt eine bundesweit einheitliche Regelung zum Einsatz dieser Technologie zu erreichen. Nur so lässt sich verhindern, dass Windplaner, die diese Technik einsetzen, im Ausschreibungssystem einen Wettbewerbsnachteil haben. Bisher ist auch noch nicht gelöst, wie die nachträgliche Aufrüstung von Bestandsanlagen mit dieser Technologie finanziert werden kann“, so Glahr.

Lausitz: Leuchtturm-Region für Sektorenkopplung

Glahr ging auch auf den Strukturwandel in der Braunkohleregion Lausitz ein: „Wir verfügen in der Lausitz über sehr viel günstige Energie aus Windenergie, die regional genutzt werden

kann.“ Grund sei, dass mit dem Stichtag 2020 viele Altanlagen aus dem EEG-System fallen, aber weiterhin günstigen Strom produzieren. „Wir haben hier die einmalige Gelegenheit, Erzeuger und Verbraucher von Energie regional zusammenzubringen und damit Infrastrukturanreize für die Region zu schaffen“, so Glahr weiter. Die Lausitz könne damit zu einer Leuchtturm-Region für die in Zukunft so wichtige und viel beschworene Sektorenkopplung werden.

Kontakt BWE

Jan Hinrich Glahr

Bundesverband WindEnergie e.V. (BWE), Landesverband Berlin-Brandenburg

Gregor-Mendel-Straße 36

14469 Potsdam

Tel: 0331 27342-884

Fax: 0331 27342-886

be-bb@bwe-regional.de

www.wind-energie.de

Pressekontakt

Ahnen&Enkel, Agentur für Kommunikation

Mariannenstraße 9-10

10999 Berlin

0176 24569084

weller@ahnenenkel.com

www.ahnenenkel.com

Zwei Jahre Krieg im Jemen –

Sieben Millionen Menschen von Hungertod bedroht

geschrieben von Andreas | 11. April 2017
[Presse-Info]

Weltweit größte humanitäre Krise / Oxfam fordert schnelle Hilfe, Friedensgespräche und Stopp aller Waffenlieferungen

Berlin, 23. März 2017. Vor einer Hungersnot im Jemen warnt die Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam. Zwei Jahre nach der Eskalation der Kämpfe zeigt Oxfam im Bericht „Yemen pushed towards man-made famine“, dass die jemenitische Wirtschaft am Boden liegt, dringend benötigte Nahrungsmittelimporte erschwert werden und der Hilfsaufruf der Vereinten Nationen dramatisch unterfinanziert ist. Oxfam fordert von den Kriegsparteien ein Ende der Kämpfe und von der Internationalen Gemeinschaft schnelle Hilfe sowie den Stopp aller Waffenlieferungen.

Die Kriegsparteien im Jemen und ihre internationalen Unterstützer haben das Land an den Rand einer Hungersnot gebracht. Zwei Jahre nach der Eskalation der Kämpfe im Jemen leiden fast sieben Millionen Menschen extreme Not und sind von Hunger bedroht. Mehr als zehn Millionen weitere Menschen leiden unter bedrohlichem Nahrungsmangel und benötigen humanitäre Hilfe.

Sajjad Mohamed Sajid, Oxfam-Landesdirektor im Jemen: „Die Kämpfe müssen sofort aufhören und Friedensgespräche wieder aufgenommen werden. Regierungen von Geberstaaten müssen dringend mehr Geld für humanitäre Hilfe bewilligen und die Waffenlieferungen an Kriegsparteien einstellen, sonst machen sie sich wissentlich an einer Hungersnot mitschuldig.“

Der Bericht „Yemen pushed towards man-made famine“ zeigt, dass sich die Kämpfe trotz aller Warnungen nach Abbruch der

Friedensverhandlungen im August 2016 verschärft und weitere drei Millionen Zivilisten vom sicheren Zugang zu Nahrung abgeschnitten haben. Weite Teile der jemenitischen Bevölkerung leben bestenfalls von Brot und Tee, Erwachsene verzichten zugunsten ihrer Kinder oft ganz auf Mahlzeiten.

Die Kriegsparteien und die Hungerkrise

Luftangriffe der von Saudi Arabien angeführten Koalition haben seit Beginn der Militärintervention vor zwei Jahren über 7.600 Menschen getötet, darunter 4.600 Zivilisten. Über drei Millionen Menschen wurden durch die Kämpfe vertrieben und 70 Prozent der Bevölkerung (18,8 Millionen Menschen) benötigen humanitäre Hilfe. Damit spielt sich im Jemen gegenwärtig die weltweit größte humanitäre Krise ab.

In einem Land, das 90 Prozent seiner Nahrungsmittel importieren muss, wirkt sich die Zerstörung von Häfen, Straßen, Brücken, Lagerhallen und Märkten durch Luftangriffe dramatisch auf die Nahrungsversorgung aus. Zudem behindern Behörden internationale Hilfslieferungen und nehmen mitunter humanitäre Helfer fest. Beides trägt dazu bei, dass ein Großteil der Zivilbevölkerung von Hunger bedroht ist oder bereits hungert.

Unzureichende Reaktion der Internationalen Gemeinschaft

Die Vereinten Nationen haben den Bedarf für Nothilfe im Jemen auf 2,1 Milliarden US-Dollar veranschlagt, doch nur sieben Prozent davon sind derzeit durch Finanzierungszusagen der Geberländer gedeckt. Die katastrophale Versorgungslage wird von den Konfliktparteien und ihren Unterstützern bisher weitgehend ignoriert.

Oxfam ruft zu Spenden auf

Oxfam unterstützt seit über 30 Jahren die Menschen im Jemen. Seit Ausbruch der jüngsten Krise hat Oxfam dort bereits mehr als eine Million Menschen erreicht, vor allem durch die

Bereitstellung von Trinkwasser und die Verteilung von Bargeld, mit dem Familien Nahrungsmittel und andere lebenswichtige Güter erwerben können.

Spendenkonto:

Oxfam Deutschland e.V.

IBAN: DE87 3702 0500 0008 0905 00

BIC: BFSWDE33XXX

Bank für Sozialwirtschaft

Konto: 80 90 500 BLZ: 370 205 00

Stichwort: Hungerkrise Jemen

Hintergrundinformationen

- Der Bericht „Yemen pushed towards man-made famine“ sowie Fotos und Fallgeschichten von vor Ort stehen unter SPERRFRIST 23.3.2017, 01:01 Uhr MEZ zum Download bereit unter <https://oxfam.box.com/s/zjt4a4kjk3z6hgnefsqsfvr51gatdfsja>
- Oxfam hat ein Büro im Jemen, von wo aus die Programmarbeit im Land koordiniert wird. Gerne vermitteln wir Gesprächspartner.

Pressekontakt:

Steffen Küßner

Tel.: 030-45 30 69 710

E-Mail: skuessner@oxfam.de

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 19 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.500 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.

Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland

Internationale Initiative von Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft drängt G20 zu ambitionierter Klimapolitik – Germanwatch lobt das Signal für Kooperation und Klimaschutz in Zeiten US-amerikanischer Störfeuer

geschrieben von Andreas | 11. April 2017
Pressemitteilung Germanwatch

Berlin/Bonn (22. März 2017). Unerwarteter Rückenwind für eine ambitionierte Umsetzung der Energie- und Klimaagenda der G20 zur Umsetzung des Paris-Abkommens: Mit einer gemeinsamen Stellungnahme haben die offiziellen Initiativen aus Wirtschaft (B20), Thinktanks (T20) und Zivilgesellschaft (C20) aus den G20-Staaten gemeinsam der deutschen G20-Präsidentschaft für eine solche Politik den Rücken gestärkt. Die G20 verantwortet rund vier Fünftel der globalen CO₂-Emissionen. Die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch bewertet das gemeinsame

Papier als „Aufruf zum politischen Mut an die G20-Staaten, nun den notwendigen ambitionierten Klimaschutz mit einer Rahmensetzung zu versehen, die zu einem neuen Wohlstandsmodell führt“.

Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch: „Trotz der Hürden, die seitens der neuen US-Regierung zu befürchten sind, fordern Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft gemeinsam, jetzt die Umsetzung des Paris-Abkommens mit konkreten Zeitplänen, einem CO₂-Preissignal sowie einer klaren Rahmensetzung für die Finanzmärkte voranzubringen. Dies ist ein gemeinsames Signal dafür, dass mit dem Inkrafttreten des Paris-Abkommens die Grundsatzfrage, ob die ambitionierten Klimaziele akzeptiert werden, mit Ja beantwortet ist. Nun geht es darum, die Umsetzung so zu organisieren, dass dies zu einem neuen Wohlstandsmodell führt.“

Die wichtigsten Positionierungen aus Sicht von Germanwatch: Die Unterzeichner fordern von der G20, die Klimaziele der Staaten so nachzubessern, dass diese die Ziele des Pariser Klimaabkommens (deutlich unter 2 Grad Erwärmung, möglichst 1,5 Grad) erreichen. Die notwendigen langfristigen Klimaschutzpläne dafür (bis 2050) sollen die G20-Staaten – sie verantworten rund 80 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen – bis 2018 oder spätestens 2020 vorlegen. Die Industriestaaten sollen zudem ihre Anstrengungen erhöhen, ab 2020 tatsächlich die zugesagten 100 Milliarden US-Dollar jährlich an Klimahilfen für Entwicklungsländer aufzubringen.

Überdies fordern die Unterzeichner ein doppeltes CO₂-Preissignal: Sie unterstützen als Kompromiss gemeinsam den Vorschlag der G20-Präsidentschaft, der vorsieht, dass fossile Subventionen bis 2025 auslaufen sollen und drängen auf einen jährlichen Bericht über die Umsetzung. Zudem soll die G20 einen Prozess für international abgestimmte CO₂-Bepreisungen (über Steuern, Abgaben oder Emissionshandel) vorantreiben, der CO₂-Preis soll sich schrittweise international annähern. Die Einnahmen sollen in Infrastruktur für Energieeffizienz und

Erneuerbare Energien investiert sowie für eine sozialverträgliche Transformation ausgegeben werden.

Als dritte Säule sollen auch die Finanzmärkte auf Nachhaltigkeit und Abwendung der Klimarisiken ausgerichtet werden. Die G20 soll dafür internationale Berichts- und Transparenzstandards zu umwelt- und klimabedingten Risiken für den Finanzmarkt voranbringen sowie feste Kriterien für Umwelt, Soziales und gute Unternehmensführung als Kriterien für Infrastrukturprojekte prüfen. Das Thema Grüne Finanzierung solle auch weiter durch eine starke Arbeitsgruppe unterstützt werden.

Das gemeinsame Papier finden Sie hier:
<https://germanwatch.org/de/download/17998.pdf>

Kontakt für Medien:

Stefan Küper
Pressesprecher Germanwatch
(Kontakt s.u.)

–

Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org

**foodwatch fordert größere
Schrift für Zutatenlisten und
Nährwertangaben – 1,2
Millimeter nicht ausreichend
– EU-Lebensmittelkommissar
gesteht laut Medienbericht:
„Ich kann
Lebensmittelkennzeichnung
nicht lesen, nicht mal mit
meiner Brille.“**

geschrieben von Andreas | 11. April 2017
Pressemitteilung – Lebensmittelkennzeichnung:

Berlin, 23. März 2017. Wichtige Informationen im Kleingedruckten, Mini-Zeilenabstände, schwarzer Text auf dunkelblauem Hintergrund: Die Angaben auf Lebensmittelverpackungen sind für viele Menschen kaum zu entziffern. Die Verbraucherorganisation foodwatch hat nun die Europäische Kommission aufgefordert, eine größere Mindestschriftgröße durchzusetzen und Kriterien für eine gute Lesbarkeit von Pflichtangaben wie Zutatenliste oder Nährwerttabelle festzulegen. foodwatch startete eine entsprechende E-Mail-Aktion unter www.kleingedrucktes.foodwatch.de.

Anlass für die Forderung sind Aussagen des für Lebensmittel zuständigen EU-Gesundheitskommissars Vytenis Andriukaitis bei der „Safe Advocacy Food Europe“-Konferenz in Brüssel an diesem

Dienstag, denen zufolge er selbst die Angaben auf Etiketten nicht entziffern könne. Das Fachmedium „EU Food Policy“ zitiert Andriukaitis mit den Worten: „Ich schaue niemals auf die Kennzeichnung. [...] Ich kann sie nicht lesen, nicht einmal mit meiner Brille. Es ist absolut unmöglich.“ (Übersetzung durch foodwatch, englisches Originalzitat lt. EU Food Policy: „I never look at labelling. [...] I cannot read it even with my glasses. It is absolutely impossible.”)

„Die Mindestschriftgröße muss deutlich größer festgelegt werden als die bisher geltenden 1,2 Millimeter“, erklärte Sophie Unger von foodwatch. „Das allein reicht nicht: Die EU-Kommission sollte endlich die seit Jahren überfälligen Kriterien für eine gute Lesbarkeit festlegen, von hohen Farbkontrasten bis hin zu ausreichenden Zeilenabständen. Dass wichtige Informationen im Viel-zu-Kleingedruckten versteckt werden, ist ein ständiges Ärgernis.“

Seit Ende 2014 gilt gemäß Lebensmittelinformationsverordnung in der EU für Pflichtangaben eine Mindestschriftgröße von 1,2 Millimetern, bezogen auf das kleine „x“. Auf kleinen Verpackungen dürfen die Texte sogar nur in 0,9-Millimeter-kleinem Font gedruckt werden. „Schon diese Ausnahmeregelung zeigt: Es geht in der Verordnung um die Interessen der Hersteller und nicht um die Informationsbedürfnisse der Menschen, denn die sind bei kleinen Packungen nicht geringer als bei großen“, so Sophie Unger. Einige Supermarktketten seien inzwischen dazu übergegangen, Lupen an Einkaufswägen zu montieren, damit insbesondere ältere Kundinnen und Kunden die Etiketten entziffern können.

In ihrem ursprünglichen Entwurf für die Lebensmittelinformationsverordnung von 2008 hatte die Europäische Kommission noch eine Schriftgröße von 3 Millimetern vorgeschlagen, wobei nicht näher spezifiziert war, worauf sich diese Angabe bezog. Die Lebensmittelindustrie hatte dies scharf kritisiert – mit der Begründung, dass dann „in vielen Fällen kein ausreichender Raum für den

Markenauftritt“ mehr bliebe. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) dagegen empfiehlt für Kurztexte eine Schriftgröße von 2,5 Millimetern, bezogen auf den Großbuchstaben „H“ – das wäre deutlich mehr als die 1,2 Millimeter für das kleine „x“. Die 2011 verabschiedete Lebensmittelinformationsverordnung sieht zudem vor, dass die Europäische Kommission weitere verbindliche Kriterien für eine gute Lesbarkeit festlegen kann. Bis heute hat sie dies nicht getan. Die BAGSO empfiehlt hier beispielsweise hohe Kontraste, ruhige Texthintergründe sowie ausreichende Zeilen- und Zeichenabstände.

Link:

– E-Mail-Aktion für lesbare Angaben auf Lebensmittelverpackungen: www.kleingedrucktes.foodwatch.de

Quellen und weiterführende Informationen:

- Aussagen von Vytenis Andriukaitis: EU Food Policy – „Andriukaitis: I never read food labels, print too small“, veröffentlicht unter eufoodpolicy.com am 21.3.2017 (Artikel liegt [foodwatch](http://foodwatch.de) vor, zugänglich nur für Abonnenten)
- Lebensmittelinformationsverordnung (LMIV): www.tinyurl.com/nur6uf3
- Ursprünglicher LMIV-Entwurf: www.tinyurl.com/m2o2kre
- BAGSO-Checkliste: Nutzerfreundliche Printmedien: www.tinyurl.com/mnpkwun
- Stellungnahme des Lobbyverbandes BLL zur Schriftgröße (u.a.): www.tinyurl.com/l5pzeaz

Pressekontakt:

foodwatch e.V.

Martin Rücker

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 – 2 90